



Medienkonferenz Schlussbericht Sozialhilfe von Donnerstag, 29. Januar 2009

## REFERAT VON STADTPRÄSIDENT ALEXANDER TSCHÄPPÄT

*Es gilt das gesprochene Wort*

Sehr geehrte Medienschaffende

Die Sozialhilfe ist darauf angewiesen, dass sie von der Gesellschaft akzeptiert und solidarisch mitgetragen wird. Voraussetzung dafür ist, dass die Steuergelder, die dafür aufgewendet werden, wirklich jenen Menschen zugute kommen, die Anspruch darauf haben. Da aber das Ausrichten von Sozialhilfe unter anderem auch vom persönlichen Ermessen der Sozialdienst-Mitarbeitenden und von der Ehrlichkeit der Sozialhilfe-Bezügerinnen und -Bezüger abhängt, sind Fehlbeurteilungen und Missbrauch nie ganz auszuschliessen.

Der Gemeinderat hat immer betont, dass er den unrechtmässigen Bezug von Sozialhilfeleistungen verurteilt und dass er den Missbrauch konsequent bekämpfen will. Für ihn ist es von grosser Bedeutung, dass die Sozialhilfe als wichtige Errungenschaft des Sozialstaates wahrgenommen wird, die Vertrauen und Glaubwürdigkeit verdient. Darum hat er sich nach dem Bekanntwerden des BMW-Falles auch für eine umfassende Durchleuchtung der Sozialhilfe und für eine Verbesserung der Kontrollen ausgesprochen.

Der „Schlussbericht Sozialhilfe“ stellt eine Zusammenfassung aller vorgenommenen Überprüfungen dar und gibt einen Überblick über die eingeleitete und zum Teil bereits realisierte Reorganisation des Sozialdienstes. Er berücksichtigt sowohl die bereits veröffentlichten Dokumente als auch die bisher noch nicht veröffentlichten Berichte, darunter der Zwischenbericht des Finanzinspektorats und der dazugehörige Revisionsbericht des Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsunternehmens KPMG.

Der Zwischenbericht stellte im Rahmen der erfolgten Durchleuchtung eine erste Prüfungsetappe und Bestandesaufnahme dar und war somit Ausgangspunkt für weitere

Arbeiten. Das Finanzinspektorat listete darin anhand von 100 Kriterien bei rund 300 Dossiers detailliert Feststellungen und Befunde aller Art auf - vom unbedeutenden Formfehler über die mögliche Lücke bis hin zum offensichtlichen Kontrollmangel. Der Zwischenbericht bildete damit zum einen die Grundlage dafür, dass das Regierungsstatthalteramt in einer zweiten Etappe konkrete Missbrauchsfälle eruieren konnte; das entsprechende Resultat wurde Ihnen im November vorgestellt. Zum anderen erlaubte die Prüfung dem Finanzinspektorat, zuhanden des Sozialdienstes einen ersten Entwurf mit Empfehlungen zur Optimierung des Kontrollsystems auszuarbeiten.

Beim Zwischenbericht handelt es sich allerdings lediglich um einen internen Revisionsbericht. Adressat ist die Verwaltung und der Gemeinderat. Daher werden solche Dokumente in der Regel nicht publiziert. Dem Gemeinderat ist es aber wichtig, vollständige Transparenz zu schaffen. Darum hat er sich entschlossen, auch alle internen Berichte zu publizieren und damit restlos alle Unterlagen und Dokumente zur Sozialhilfe auf den Tisch zu legen.

Welches sind nun die Erkenntnisse aus dem „Schlussbericht Sozialhilfe“? Im Grossen und Ganzen bestätigt der Schlussbericht die bisherige Einschätzung des Gemeinderates und dessen Vorgehen seit September 2007. Das heisst:

- Erstens dokumentiert der Schlussbericht, dass der Sozialdienst im Rahmen der gebotenen Verhältnismässigkeit in den letzten anderthalb Jahren gründlich und umfassend unter die Lupe genommen worden ist. Ich vermute, dass in den letzten Jahren selten ein Sozialdienst so ausgeleuchtet wurde, wie dies nun in der Stadt Bern geschehen ist.
- Zweitens zeigt der Schlussbericht, dass diese Überprüfung nötig gewesen ist. Im Kontrollwesen des Sozialdienstes waren Mängel und Lücken vorhanden, so dass Handlungsbedarf bestand. Es gilt selbstkritisch festzuhalten, dass Fehler gemacht wurden und dass die Debatte über den Missbrauch in der Sozialhilfe angebracht war.
- Drittens sieht der Gemeinderat seine Strategie und Stossrichtung bestätigt. Dabei stützt er sich vor allem auf den Bericht des Regierungsstatthalteramtes. Dieser zeigt, dass die im Februar 2008 eingeleiteten Massnahmen in die richtige Richtung gehen und dass inzwischen wirksame Massnahmen gegen den Missbrauch ergrif-

fen und effiziente Kontrollinstrumente eingeführt wurden. Und tatsächlich ist bereits vieles passiert. Zum Beispiel werden Verdachtsfälle heute viel gezielter und strukturierter verfolgt als noch vor einem Jahr.

Gleichwohl gilt es zu betonen: Der „Schlussbericht Sozialhilfe“ stellt keinen Schlusspunkt dar. Die Direktion für Bildung, Soziales und Sport (BSS) hat mit der Überprüfung der Kontrollen und der Reorganisation des Sozialdienstes zwar ein Etappenziel erreicht und damit die Phase der Sonderprüfung abgeschlossen. Zudem ist auch auf der personellen Führungsetage einiges passiert. So steht insbesondere der Sozialdienst seit anderthalb Jahren unter neuer Leitung. Aber ad acta gelegt ist das Thema keineswegs. Vielmehr gilt es nun, den eingeschlagenen Weg weiterzugehen und das Augenmerk auf die konsequente Umsetzung des neuen Regimes zu richten.

Dazu gehört erstens, dass der Sozialdienst - der mit dem Tagesgeschäft, den zusätzlichen Prüfungen und der Reorganisation massiv belastet war - genug Zeit erhält, damit er die noch nötigen Arbeiten abschliessen und das neue Kontrollsystem alltagstauglich machen kann.

Zudem muss sichergestellt werden, dass das Kontrollsystem immer wieder überprüft und bei Bedarf justiert und angepasst wird. Daher hat der Gemeinderat beschlossen, die heutige engmaschige Kontroll-Triade beizubehalten. Demnach findet die Überwachung der Sozialhilfe durch drei Instanzen statt, nämlich durch

- das interne Kontrollsystem;
- das unabhängige Finanzinspektorat, welches das Sozialamt neu alljährlich revidiert;
- den Gemeinderat und den Stadtrat, die Kontrollpflichten zu erfüllen haben und die über weitreichende Kontrollkompetenzen verfügen.

Zweitens ist es für den Gemeinderat wichtig, dass die Sensibilität im Sozialwesen gegenüber dem Missbrauch aufrecht erhalten bleibt. Daher werden der Gemeinderat und die stadträtliche Kommission für Soziales, Bildung und Kultur halbjährlich durch die Direktion für Bildung, Soziales und Sport umfassend über den Stand der Umsetzungsarbeiten und die Wirkung der Massnahmen informiert.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass ein Umdenken im Sozialdienst stattgefunden hat. Es sind Fehler bei der Missbrauchsbekämpfung gemacht worden. Aber daraus

wurden in einem intensiven Prozess die Lehren gezogen. Der Gemeinderat ist davon überzeugt, dass das Kontrollwesen im Sozialdienst heute effizienter arbeitet als noch vor zwei Jahren.

Der Gemeinderat ist daher zuversichtlich, dass damit das Vertrauen in die Sozialhilfe zurückkehrt. Das ist gerade mit Blick auf die kommenden, wirtschaftlich schwierigen Zeiten von grosser Bedeutung. Wir spüren bereits die ersten Auswirkungen der Krise, die Fallzahlen steigen an. Weil immer mehr Menschen ihren Job verlieren und unver schuldet in Existenznot geraten, braucht es jetzt eine verlässliche Sozialhilfe. Als letztes Auffangnetz muss sie gewährleisten können, dass die Betroffenen materielle Unterstützung und eine Chance auf berufliche und soziale Wiedereingliederung erhalten.

Daher ist für den Gemeinderat klar: Der Missbrauch muss konsequent bekämpft werden. Aber ebenso wichtig ist, dafür zu sorgen, dass die Sozialhilfe reissfest bleibt, damit auch Menschen in materieller Not ein menschenwürdiges Leben leben können.

Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit.